

Vorlage Nr. 101.20.189

15. September 2026
1 von 2

Stand der Trinkwasserversorgung im Stadtgebiet Kassel unter dem Eindruck der extremen Dürreperiode im Sommer 2026

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Ausschusssitzungen über den Zustand der Trinkwasserversorgung und der Grundwasservorräte im Stadtgebiet Kassel zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf die Auswirkungen der extremen Trockenheit und Hitze des Sommers 2026 sowie geplante Resilienzmaßnahmen eingegangen werden.
Der Bericht soll folgende Kernfragen beantworten:

1. Versorgungssicherheit und Spitzenverbräuche

- Wie stellte sich die Trinkwasser-Versorgungslage in Kassel während der extremen Hitze- und Trockenphasen im Sommer 2026 dar?
- Welche Höchstwerte beim täglichen Wasserverbrauch wurden im Stadtgebiet verzeichnet?
- Welche Auswirkungen könnten die Ansiedlung und der Betrieb von Rechenzentren auf den Wasserverbrauch und die Trinkwasserversorgung haben?

2. Zustand der Grundwasservorräte

- Wie haben sich die Grundwasserstände im Raum Kassel durch die anhaltende Dürre entwickelt?

3. Klimaanpassung und langfristige Strategien

- Welche konkreten baulichen, infrastrukturellen oder organisatorischen Maßnahmen plant KasselWasser, um das Verteilnetz und die Gewinnungsanlagen langfristig gegen die fortschreitenden Effekte des Klimawandels abzusichern?
- Gibt es Überlegungen für ein städtisches „Niedrigwasserkonzept“ oder gestaffelte Notfallpläne (z. B. kommunale Aufrufe zum Wassersparen, Einschränkungen für Großverbraucher), falls sich solche Dürrephasen in den kommenden Jahren weiter intensivieren?

Begründung:

Der Sommer 2026 hat Nordhessen und die Stadt Kassel vor immense klimatische Herausforderungen gestellt. Die langanhaltende Trockenheit führte zu Niedrigwasserständen in Fließgewässern.

Die spürbare Austrocknung in der Region zeigt, dass das Gut Wasser endlich ist. Um die Lebensqualität, den Schutz der Stadtbäume und die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der lokalen Wirtschaft auch künftig verlässlich zu gewährleisten, werden ggf. Anpassungsmaßnahmen erforderlich. In einigen deutschen Großstädten hat der trockene Sommer zu deutlichen Einschränkungen bei der Wasserentnahme geführt. Die Stadt München hat im Juli beispielsweise eine vorübergehende Allgemeinverfügung zur Einschränkung der Wassernutzung erlassen, in der unter anderem Verbote zur privaten Gartenbewässerung und dem Füllen von Pools festgelegt sind.

Der Bericht soll als Basis dienen, um notwendige politische Weichenstellungen zur Klimaanpassung im Bereich der kritischen Infrastruktur rechtzeitig einzuleiten.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Eva Koch

gez. Pilar Butte
Fraktionsvorsitzende

gez. Eva Koch
Fraktionsvorsitzende